

## **Gewaltbereiter Islamismus: Radikalisierung bekämpfen, wo sie entsteht**

### **Neun grüne Thesen für eine bundesweite Präventionsstrategie gegen den gewaltbereiten Islamismus**

#### **1. Eine bundesweite Strategie ist überfällig**

Die jüngsten islamistisch motivierten Anschläge in Europa haben deutlich gezeigt, dass der Terror in erster Linie kein Exportprodukt aus weit entlegenen Weltregionen ist, sondern seine Wurzeln inmitten unserer Gesellschaft trägt. Die Bildung regionaler islamistischer Netzwerke mit global-ideologischem Überbau wurde u.a. in Frankreich, Belgien oder Deutschland betrieben, von Franzosen, Belgiern oder Deutschen. Wir sind daher der Überzeugung, dass die Bekämpfung des Terrorismus dort ansetzen muss, wo Radikalisierung entsteht. Dazu braucht es endlich auch in Deutschland eine bundesweit konzipierte Präventionsstrategie.

Die Bundesregierung hat das Thema Prävention gegen den gewaltbereiten Islamismus mehr als ein Jahrzehnt weitgehend verschlafen und passiv auf Länderkompetenzen verwiesen. Die terroristische Gefahr macht jedoch nicht an Ländergrenzen halt. Wir brauchen daher endlich eine funktionierende Steuerung und sinnvolle Vernetzung der Präventionsprojekte. In den Bundesländern wird bis heute mit zum Teil völlig unterschiedlichen Methoden und Maßnahmen gearbeitet. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure handeln vielfach nebeneinander her – da weiß oftmals die eine Hand nicht, was die andere tut. Dieser präventionspolitische Flickenteppich muss endlich überwunden werden.

#### Grüne Forderungen

- Wir brauchen ein bundesweites Präventionszentrum, in dem Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam an der Vernetzung und Umsetzung von Präventions- und Deradikalisierungskonzepten arbeiten.
- Die Akteure des Präventionszentrums erarbeiten gemeinsam eine bundesweit abgestimmte Präventionsstrategie. Diese Strategie entwickelt transparente Grundsätze und auf einander abgestimmte Maßnahmen und definiert die (rechtlichen und tatsächlichen) Grenzen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit. Dabei muss klar umrissen werden, wie die anfallenden Kosten zwischen Bund, Länder und Kommunen (sach)gerecht aufzuteilen sind.
- Die Bundesmittel für die Präventionsarbeit sind mindestens zu verstetigen und gegebenenfalls zu erhöhen. Mit der langjährigen Geringschätzung der Präventionsarbeit durch den Bundesetat muss endgültig Schluss sein.

#### **2. Wer Integration will, muss auch eine glaubwürdige Basis für eine gemeinsame Identität schaffen! Durch eine klare Politik für die Menschenrechte – und gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Islamfeindlichkeit**

Die Hinwendung zu radikalislamischen Orientierungen erfolgt nicht zufällig ganz überwiegend im Jugendalter. Die meisten jungen Menschen fragen sich: Wer bin ich? Wo gehöre ich hin? Wo verorte ich mich in der Gesellschaft? Welche Zukunft- und Aufstiegschancen gibt es? In dieser Umbruchs- und Orientierungsphase wollen und müssen Jugendliche sich „freischwimmen“ (dürfen): Sie brauchen Freiräume für Experimente und Erfahrungen. Das ist zunächst einmal ein altersgerechtes Verhalten, auf das man nicht panisch, sondern besonnen reagieren sollte.

Unserer Beobachtung nach wachsen viele der Jugendlichen, die anfällig sind für Radikalisierung, in einem Umfeld auf, das ihnen das Gefühl vermittelt, nicht zur Gesellschaft zu gehören und abgehängt zu sein. So spielt z. B. eine islamisch geprägte Kultur und Identität häufig keine Rolle in der Schule oder im Freizeittreff. Gleichzeitig hat fast ein Drittel der Kinder in Deutschland einen Migrationshintergrund – und viele von ihnen sind muslimisch geprägt. Das Gefühl und die Erfahrung, aufgrund der Identität und Herkunft nicht zur Gesellschaft zu gehören, sind mitverantwortlich für die Hinwendung zu den Zugehörigkeitsangeboten gewaltbereiter salafistischer und islamistischer Gruppen. Gleichzeitig ist die Lebenswirklichkeit dieser jungen Menschen häufig geprägt von Perspektivlosigkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung, aber auch von familiären bzw. genderbezogenen Rollenkonflikten. Und genau hier setzt die sog. „Opferideologie“ gewaltbereiter salafistischer und islamistischer Gruppen an.

Wenn es richtig ist, dass „Burka“ inzwischen für viele Jugendliche „der neue Punk ist“ (so Prof. El-Mafaalani von der FH Münster) – dann beschreibt dies eine tiefgreifende und nicht kurzfristig zu lösende Krise in der Vermittlung grundlegender Werte in unserer Gesellschaft. Wer hier etwas ändern will und den Salafisten effektives etwas entgegensetzen will, muss auch an diesen tieferen sozialen Ursachen ansetzen.

### Grüne Forderungen

- Eine bundesweite Strategie muss eingebettet sein in ein gesellschaftliches Klima der Offenheit, Transparenz, Liberalität und des Respekts – in eine inklusive Integrationsarbeit sowie in ein klares und entschiedenes Engagement gegen Diskriminierung und Rassismus. Wir müssen „klare Kante“ zeigen gegen die weit verbreitete Islamfeindlichkeit; denn Präventions- und Deradikalisierungsarbeit kann nur dann effektiv wirken, wenn sie als glaubwürdig wahrgenommen wird.
- Die muslimisch geprägte Identität vieler Kinder muss sich in Kita, Schule oder im Jugendclub widerspiegeln. Das ist dringend erforderlich zur Entwicklung einer gemeinsamen Identität junger Menschen in der Einwanderungsgesellschaft inmitten einer globalisierten Welt.
- Die Forschung über Radikalisierungsgründe und –prozesse ist bislang noch sehr begrenzt und muss dringend ausgebaut werden. Nur so wird es gelingen, spezifische Ursachen und Kontexte einordnen und erklären – und damit die Wirkung präventiver pädagogischer Angebote verbessern zu können.

### **3. Neue Formen der Demokratiebildung in Schule und Sozialarbeit**

Demokratiebildung beginnt in Kitas und Schulen. Sie müssen Orte der Vielfalt sein, an denen Rassismus keinen Platz hat. Hierzu gehört z. B. dem jeweiligen Gegenüber grundsätzlich erst einmal wertschätzend, interessiert oder empathisch zu begegnen.

Oft aber haben aber Lehrkräfte und Erzieher\*innen, genau wie Jugendliche Schwierigkeiten, mit sozialer und kultureller Vielfalt produktiv umzugehen. Hinzu kommen die enormen Arbeits-Belastungen für Pädagog\*innen gerade in sozialen Brennpunkten. Und, wenn dann die Orte für Begegnungen und Auseinandersetzung (wie z. B. Jugendzentren) immer knapper werden, dann zielen Salafisten mit ihren Angeboten genau in diese Leerstellen der sozialen Wirklichkeit. Wenn Ahmad Mansour mit seiner Beobachtung tatsächlich recht hat, Salafisten würden schlechterdings „die bessere Sozialarbeit“ machen (als die deutschen Regeldienste) – dann wird klar, wie groß und umfassend die Handlungsnotwendigkeiten im pädagogischen und sozialen Bereich sind.

### Grüne Forderungen:

- Schulen und Sozialarbeit müssen in die Lage versetzt werden, den Herausforderungen einer multikulturellen Gesellschaft tatsächlich gerecht zu werden. Wir setzen uns für eine gezielte und systematische Demokratie- und Menschenrechtsbildung ein. Kitas, Schulen und Jugendclubs müssen Orte der Vielfalt werden, des Diskurses und der gemeinsamen Reflexion. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie dürfen hier ebenso wenig Platz haben wie Islamfeindlichkeit. Fachkräfte müssen darin unterstützt werden, Kinder und Jugendliche zu befähigen, die Menschenwürde zu achten, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, religiöse Unterschiede und auch Nicht-Religiosität zu respektieren – und schließlich auch: jede Form von Ideologien der Ungleichwertigkeit zu erkennen und zu bekämpfen.
- Wir brauchen eine umfassende und systematische Thematisierung der islamischen Religion sowie der Geschichte des islamisch geprägten Kulturraums in der Kita, Schule, an den Berufsschulen oder im Jugendclub. Pädagog\*innen müssen zudem in der Lage sein, Islamismus bzw. Salafismus (und deren Chiffren) zu erkennen und richtig zu deuten. Hier kommt es ganz wesentlich auch auf sinnvolle Schulungs- und Fortbildungsangebote bzw. auf die Nutzung von Bildungsangeboten erfahrener zivilgesellschaftlicher Projekte an. Für die Ausbildung entsprechend ausgebildeter Pädagog\*innen muss aber mehr Geld bereitgestellt werden.
- Einen kompetenten Umgang mit Vielfalt dürfen wir nicht an die (ohnehin viel zu wenigen) Pädagog\*innen mit Einwanderungsgeschichte delegieren: Wirklich glaubwürdig werden wir (und unsere Institutionen) nur, wenn wir uns als Gesamtgesellschaft interkulturelle Kompetenzen aneignen und diese auch (vor)leben.

### **4. Rollenklarheit im föderalen Gefüge: Bundesweite Grundsätze ja – aber den Kommunen den nötigen Spielraum für innovative Ansätze lassen**

Integration findet – ebenso wie die Präventions- und Sozialarbeit – vor allem vor Ort, also in den Kommunen statt. Diese Arbeit kann und soll nicht „von oben nach unten“ implementiert oder gar delegiert werden.

Gebraucht werden zwar bundesweit einheitliche Grundsätze und Regeln. Gleichzeitig lebt und profitiert die lokale Präventionsarbeit davon, wenn sie „Luft zum Atmen“ und zum Experimentieren hat.

Um dennoch: Ein aufeinander abgestimmtes Handeln, bei dem die Akteure schnell voneinander lernen ist sinnvoll. Hierfür sind Evaluierungs-Treffen auf regionaler oder Landesebene unerlässlich (und zwar von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gleichermaßen).

### Grüne Forderungen

- Eine bundesweite Strategie sollte den Aufbau lokaler Präventionsnetzwerke fördern. Hier kommt es darauf an, dass für möglichst alle relevanten Akteure aus Verwaltung und Zivilgesellschaft ein sinnvoller Arbeitszusammenhang hergestellt wird.
- Die lokale muslimische community sollte – soweit möglich – zu einer Zusammenarbeit in diesem lokalen Präventionsnetzwerk aktiv eingeladen und ermuntert werden. Eine vertrauensvolle Kooperation kann aber nur gelingen, wenn alle Akteure bereit sind, transparent, offen und selbstkritisch zu agieren sowie Vorurteile abzubauen. Dazu können ein Kompetenzaufbau und phasenweise auch eine Moderation durch qualifizierte externe Akteure hilfreich sein.
- Es sollte zudem ein strukturierter Erfahrungsaustausch von Präventionsinitiativen auf regionaler bzw. auf Landesebene institutionalisiert werden.

## **5. Rollenklarheit zwischen des Ressorts: Für ein ganzheitliches Präventionsverständnis**

Präventionsarbeit ist eine bunte Mischung aus Integrations-, Bildungs-, Jugend- und sozialpädagogischer (Familien)Sozialarbeit. Jedes Ressort hat die Aufgabe, spezifische Zielgruppen anzusprechen und zu erreichen. Gleichzeitig muss es zwingend ein abgestimmtes Vorgehen der einzelnen Akteure und eine koordinierende Hand geben.

Wir beobachten, dass die Innenpolitik diese Aufgabe immer dann übernimmt, wenn andere Ministerien kein Interesse zeigen, selber die Zügel in die Hand zu nehmen. Dadurch wird Präventionsarbeit aber einseitig sicherheitspolitisch akzentuiert.

Richtig ist: Die Sicherheitsbehörden sind (z B. in der Deradikalisierungsarbeit) ein zentraler Akteur. Gleichwohl wäre eine Dominanz der Innenpolitik fatal – weil Prävention eben eine Querschnittsaufgabe ist. Sie sollte nicht auf rein ordnungspolitisches und polizeiliches Denken aufbauen, sondern ganzheitlich angelegt und konzipiert sein. Nur so kann Präventionsarbeit langfristig wirken und auch ein Sicherheitsgewinn sein.

### Grüne Forderungen

- Eine Dominanz ordnungspolitischen Denkens tut der Präventionsarbeit nicht gut. Das Innenministerium bzw. die Innenministerkonferenz sollte allenfalls eine koordinierende Rolle einnehmen. Sinnvoll erscheint die Schaffung einer zwischen den einzelnen Ressorts koordinierenden Stelle mit der Hauptverantwortung für eine zu erarbeitende Gesamtstrategie.
- Eine bundesweite Strategie sowie das Präventionszentrum müssen den thematischen und institutionellen Querschnittscharakter von Präventionsarbeit widerspiegeln – von der Konzeption bis zur praktischen Umsetzung:
- Die Rolle der Sicherheitsbehörden als wichtiger wenn auch nicht dominanter Akteur muss in der Präventionsstrategie klar definiert werden.

## **6. Rollenklarheit und Teilhabegerechtigkeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren**

Staat und Zivilgesellschaft müssen ihre Präventionsarbeit nicht nur grob aufeinander abstimmen. Im Falle einer Intervention bzw. in der Deradikalisierungsarbeit müssen sie auch immer wieder fallbezogen zusammenarbeiten. Wir beobachten aber, dass es in der Praxis häufig an der notwendigen Rollenklarheit fehlt: Der Staat neigt dazu, Konzepte und Regeln am liebsten im Alleingang festzulegen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure werden wenn überhaupt viel zu spät – und vor allem nicht auf Augenhöhe einbezogen. Dabei macht es Sinn, wenn NGOs von Beginn an (also schon bei der Konzeption und Erarbeitung einer solchen Präventionsstrategie) effektiv mitarbeiten – und auch mitentscheiden können.

Schließlich leiten zivilgesellschaftliche Akteure ihre Legitimation und Glaubwürdigkeit in der Präventionsarbeit entscheidend aus der Distanz zu staatlichen Institutionen ab: Um effektiv arbeiten zu können müssen sie von der Zielgruppe als frei und eben nicht als verlängerter Arm des Staates erlebt werden.

Und genau dafür braucht es Regeln, die Vertrauen und Rechtssicherheit schaffen – zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie auch zwischen Beratungsstellen und ihren Zielgruppen.

### Grüne Forderungen:

- Der primäre Bereich der Präventionsarbeit (also Aufklärung, Fortbildungen etc.) ist vor allem das Feld von Bildungsträgern, der Moscheegemeinden und der Sozialarbeit. Zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte können und sollen hier aber ebenso aktiv sein, wie auch die Sicherheitsbehörden. Eine Präventionsstrategie sollte jedoch festschreiben, dass in diesem Bereich eine klare und von außen gut erkennbare Trennung zwischen zivilgesellschaftlicher und behördlicher Arbeit notwendig ist.

- Im sekundären Bereich, wo es um die Beratung von Angehörigen und des Umfeldes von (mutmaßlich) Radikalisierten geht ist eine primär zivilgesellschaftliche Ansprache fundamental. Wenn beispielsweise vor allem der Verfassungsschutz eine solche Beratung durchführt, ist von vornherein ausgeschlossen, dass diese für Ratsuchende (wie Angehörige und Freund\*innen), transparent erfolgt. Gleichzeitig führt das immanente Geheimhaltungsbedürfnis der Sicherheitsbehörden auch zu Kommunikationsbrüchen mit zivilgesellschaftlichen Projekten. Ein guter Weg wurde mit der „Beratungsstelle Radikalisierung“ des BAMF beschritten, die alle an sie herangetragenen Fälle an freie Träger verweist. Gleichzeitig ist aber auch klar: Wenn es um Intervention geht (wie z. B. einen Ausstieg aus einer radikalen / gewaltbereiten Szene), ist eine Kooperation zivilgesellschaftlicher Akteure mit staatlichen Behörden mitunter unumgänglich. Gemeinsame Regeln wären hier sicher hilfreich.
- Auch im tertiären Bereich – also in der Deradikalisierungs- und Disengagementarbeit – sollte die Beratung primär durch zivilgesellschaftliche Akteure erfolgen. Nur sie haben die für einen nachhaltigen Erfolg notwendige Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit. Noch stärker als im sekundären Bereich wird es hier Formen einer (ggf. auch sehr engen) Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden geben (müssen). Und es liegt im Interesse aller Akteure, dass diese Kooperation auf Basis klarer Grundsätze und klarer Grenzen erfolgt, die – genau wie für den sekundären Bereich – in einer Präventionsstrategie niedergelegt sein sollten, so dass Transparenz und Rechtssicherheit für alle Akteure gewährleistet ist.

## **7. Rollenklarheit bei der Einbindung der muslimischen community in die Präventionsarbeit**

Die islamischen Verbände und Moscheegemeinden in Deutschland sollten in der Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Islamismus eine wichtige Rolle spielen. Bedauerlicherweise hat der Bund die muslimische community in dieser Arbeit bislang weitgehend allein gelassen. Es wurde versäumt, Vertrauen zu schaffen sowie den Aufbau fachlicher Kompetenz bzw. einer Professionalisierung der muslimischen Präventionsarbeit zu fördern. Stattdessen hat der Bund mit seiner sogenannten "Vermisst"-Kampagne viel Porzellan zerschlagen.

### Grüne Forderungen:

- Die islamischen Verbände und Moscheegemeinden in Deutschland: Sie stehen in der Verantwortung zu klären: Sind unsere Gemeinden bzw. sind unsere Imame wirklich in der Lage, Radikalisierungstendenzen frühzeitig zu erkennen? Sind sie imstande, muslimische Jugendliche adäquat anzusprechen? Ist man in der Lage, sinnvolle Gegenstrategien zu entwickeln und diese auch zu leben? Sind die Gemeinden hinreichend gut vernetzt? Und schließlich: Welche Bedarfe sehen die Gemeinden – und was fehlt ihnen für die Entwicklung und Umsetzung einer effektiven Präventionsarbeit? Solche Fragen könnten und sollten bei Ausarbeitung einer Präventionsstrategie erörtert werden.
- Als Staat stehen wir in der Pflicht ein bedarfsgerechtes Angebot für einen konfessionellen islamischen Religionsunterricht zu entwickeln. Auch sollten die Rahmenbedingungen für eine kompetente muslimische Gefängnisseelsorge – zumindest in den Bundesländern, in denen dies aufgrund der Zahl der dort lebenden Muslim\*innen sinnvoll ist – geschaffen werden. Islamischer Religionsunterricht und muslimische Gefängnisseelsorge sind Ausfluss der verfassungsmäßigen Rechte der hier lebenden Muslim\*innen. Beides wirkt präventiv, weil hier eine seriöse Aufklärung über die religiösen Grundlagen des Islams betrieben wird. Bund und Länder haben diese Fragen aus der Agenda der Deutschen Islamkonferenz gestrichen. Das ist dringend rückgängig zu machen.

## **8. Unterstützung und Rollenklarheit für die Zusammenarbeit mit muslimischen Geistlichen in der Deradikalisierungsarbeit**

Die Deradikalisierungsarbeit gegen den gewaltbereiten Islamismus kann ohne eine enge Zusammenarbeit mit den muslimischen Geistlichen nicht funktionieren. Wir brauchen seitens der islamischen Verbände und Moscheegemeinden kompetente Ansprechpartner (Imame, Seelsorger\*innen etc.), mit denen nicht nur Präventions- und Beratungsstellen kooperieren.

Ein zentrales Handlungsfeld der Deradikalisierungsarbeit liegt hinter den Gefängnismauern. Es gibt derzeit aber in Deutschland nicht nur zu wenig muslimische Gefängnisseelsorger\*innen. Ihre Ausbildung / Qualifizierung und die Regeln ihrer Zulassung sind von Land zu Land – mitunter sogar von JVA zu JVA – völlig unterschiedlich.

Wer diese Arbeit ernst nimmt, muss sich im Rahmen der Präventionsstrategie für bundesweit verbindliche Standards einsetzen.

Dort könnte und müsste schließlich auch Rollenklarheit für die Gefängnisseelsorger\*innen hergestellt werden: deren Arbeit kann mittelbar präventiv und auch deradikalisierend wirken. Aber: Gefängnisseelsorger\*innen sind keine Akteure staatlicher Deradikalisierungsarbeit. Dies ist weder ihre Aufgabe, noch haben sie die dafür notwendige Kompetenz.

### Grüne Forderungen:

- Wir wollen und wir brauchen eine umfassende und kompetente muslimische Gefängnisseelsorge in Deutschland. Hierfür benötigen wir klare und bundesweit verbindliche Standards für die Qualifizierung und Zulassung von muslimische Gefängnisseelsorger\*innen.
- Ziel einer bundesweiten Präventionsstrategie ist es, dass eine Vernetzung der Seelsorger\*innen und der Akteure der Deradikalisierungsarbeit ermöglicht wird. Voraussetzung dafür ist aber, dass beide Akteure die Handlungsfelder des jeweils anderen respektieren und diese nicht unterlaufen.
- Wir brauchen einheitliche Grundsätze für alle zivilgesellschaftlichen *und* staatlichen Akteure, nach denen man in der Deradikalisierungsarbeit ggf. auch mit scene-nahen Geistlichen zusammenarbeiten darf.

## **9. Qualität geht vor Quantität**

Präventions- und Deradikalisierungsarbeit erfordern von den Akteuren ein hohes Maß an Qualität und Professionalität. Hierfür bedarf es einer langfristigen und verlässlichen Finanzierung. Gleichwohl sollte alle Präventionsansätze regelmäßig evaluiert werden.

### Grüne Forderungen

- Die bundesweite Strategie sollte klare Qualitätsstandards setzen, die für zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure gleichermaßen gelten.
- Die Finanzierung – gerade auch zivilgesellschaftlicher Präventionsprojekte – sollte langfristig sowie transparent und verlässlich angelegt sein.
- Zivilgesellschaftliche und staatliche Präventionsarbeit sollte nach einheitlichen und transparenten Kriterien evaluiert werden, um sinnvolle Ansätze schnell weiterverbreiten und ineffektive Ansätze beenden zu können.

Berlin, den 11. April 2016